



Berlin direkt

Sibylle Pfeiffer – für Sie in Berlin

www.sibylle-pfeiffer.de

Umgangston, Grüne Demut und entwicklungspolitische Bilanz

Gericht billigt Umgangston unter der Gürtellinie

In der Sendung extra 3 hatte ein Moderator die AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel wörtlich u.a. als „Nazi-Schlampe“ bezeichnet. Die Politikerin klagte dagegen – und das zuständige Landgericht Hamburg stellte sich auf die Seite der TV-Sendung. Es handle sich um Satire, „die im konkreten Kontext der Äußerung von der Meinungsfreiheit gedeckt ist“. Ich halte das Urteil für falsch und gefährlich. Niemand muss sich in Deutschland „Schlampe“ nennen lassen. Es ist schlichtweg eine Beleidigung – egal ob von Links oder Rechts. Und auch der Verweis auf Kunst oder Satire rechtfertigt nicht alles. In der Causa Böhmermann habe ich schon so argumentiert. Wie wollen wir eigentlich in Zukunft miteinander umgehen, wenn offenbar alles erlaubt zu sein scheint? Ich befürchte, AfD-Sympathisanten werden die Gerichtsentscheidung zum Anlass nehmen, um von Gesinnungsjustiz zu sprechen und zukünftig noch mehr für sich in Anspruch nehmen, ausfallend werden zu dürfen. Liebes Deutschland, das ist ein gefährlicher Weg!

Grüne wandeln auf Machiavellis Pfaden: Grüne Machtpolitik

Anfang der Woche haben wir uns in der Unionsfraktion über das tolle Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen gefreut. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass eine Regierung schon einmal so krachend abgewählt worden ist wie das Kabinett von Hannelore Kraft. Die Gründe dafür sind klar: Der Wähler hatte genug von katastrophal schiefgegangenen Inklusionsexperimenten an Schulen, von schlichtweg schlechter Verkehrspolitik oder vom Versagen der Landesregierung in Frage der Inneren Sicherheit. Ob bei Einbrüchen oder dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus – Rot-Grün ließ die Bürger in NRW auf ganzer Linie im Stich. Das Wahlergebnis ist dementsprechend eindeutig.

Deswegen bin ich umso entsetzter über den Auftritt des Grünen-Urgesteins Jürgen Trittin in einer Fernsehsendung am Wahlabend. An die FDP gewandt meinte er, man solle gemeinsam die Macht der beiden großen Parteien beschränken. „Wenn man zwei große

(Partner) zur Auswahl hat, dann nimmt man den kleineren, dann hat man mehr vom Kuchen.“ Zur Begründung schob er gleich nach, man solle mit der "geschwächten, kleineren Partei" koalieren, um ihr "mehr Macht abzunehmen". Das ist pure grüne Machtpolitik. Machiavelli wäre stolz. Wählerwillen oder Inhalte spielen für ihn keine Rolle. Dass Rot-Grün in den letzten Landtagswahlen jeweils verloren hat – egal. Das Einzige, das zählt, ist die eigene Machtbeteiligung. Dass diese öffentlich zur Schau getragene Chuzpe gerade von einem der grünen Granden kommt, der sonst so gerne über Moral und Ethik in der Politik schwadroniert, setzt dem Ganzen noch die Krone auf.

Das Selbstverständnis der Grünen ist klar: Ohne sie geht nichts in diesem Land. Sie wissen alles besser – und wenn die Wahlergebnisse nicht stimmen, liegt es eben am Wähler, der nicht in der Lage ist, grüne Politik zu verstehen. Spitzenkandidatin Göring-Eckhardt fand für das NRW-Wahlergebnis die Erklärung, dass die Verbindung zwischen Ökologie und Ökonomie „nicht verstanden“ worden sei. Die grüne Spitzenfrau in NRW sekundierte, dass ihre Schulpolitik offenbar zu viele Menschen „überfordert“ habe. Nicht die Grünen liegen falsch – der Rest der Republik kapiert es einfach nicht. Alle doof, außer Grüne. Das passt nicht nur zum Ruf der Grünen als Bevormundungspartei, sondern ist auch hochgradig arrogant gegenüber dem Wähler und den anderen Parteien. Ich kann nur hoffen, dass die Ergebnisse der Grünen genauso konstant schlecht bleiben wie die permanente Besserwisseri dieser Partei.

Entwicklungspolitisch geprägte Plenarwoche

Diese Woche hatte entwicklungspolitisch Einiges zu bieten. Nicht alles davon fand naturgemäß den Weg in die mediale Öffentlichkeit. Daher möchte ich Ihnen davon hier berichten: Beispielsweise durfte ich neben den üblichen Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen am Mittwochnachmittag das einleitende Statement bei einer Veranstaltung des Fraktionsarbeitskreises Afrika und der Konrad-Adenauer-Stiftung zum G20 Gipfel und den sog. „Economic Compact for Africa“ halten.

